

1085/AE XX.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Baustopp AKW - Temelin

Die Bundesregierung plant laut gestrigen Aussagen der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz Mag Prammer die Durchführung einer fiktiven Sicherheitsprüfung von Temelin nach deutschen Standards, um auf dieser Basis ein allfälliges Beitrittsveto zu entscheiden. Aufgrund aller vorliegenden Expertengutachten ist absehbar, dass Temelin anhand grundlegender Konstruktionsdefizite, die von einer Nachrüstung unberührt bleiben, diesen Standards nicht entspricht, zumal ein baugleicher Reaktor in Deutschland (Stendal) ebenfalls eingestellt wurde.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, aus diesem Grund als Konsequenz aus einem fehlenden Erfüllen deutscher Sicherheitsnormen und dem geltenden Stand der Technik einen Baustopp in Temelin und ein Konzept für den Ausstieg aus der Atomenergie als zentrale Voraussetzung für einen EU - Beitritt Tschechiens zu erklären.

Die Bundesregierung wird ersucht, diese Position bereits am Kölner Gipfel zu vertreten und das Thema Energiepolitik und nukleare Sicherheit dort als Verhandlungsgegenstand einzubringen.

Die Bundesregierung wird ersucht dies gegenüber der Republik Tschechien und der EU - Kommission hinsichtlich des bevorstehenden Aquis - Screening - Prozesses im Zuge der Erweiterungsverhandlungen klarzulegen, und die Bereitstellung entsprechender EU - Finanzmittel als Unterstützung für alternative Energieszenarien zu initiieren, sowie bilateral Unterstützung für derartige Ausstiegskonzepte anzubieten.

Die Bundesregierung wird ersucht, alle Rechtsmittel gegen eine Inbetriebnahme Temelins auszuschöpfen, und insbesondere gegenüber Tschechien auf die Durchführung einer UVP unter Beteiligung der österreichischen Öffentlichkeit und Gebietskörperschaften zu drängen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß vorgeschlagen.